

ÖKONSULT-Umfrage: Österreicher fordern entschlossene und restriktive Anti-Atom-Politik

Wien (OTS) - Wenige Tage vor Beginn der Serie internationaler Atom-Konferenzen in Wien läßt eine aktuelle Umfrage des Umweltforschungsinstitutes ÖKONSULT keinen Zweifel - die Ablehnung von Nuklearenergie in Österreich ist ungebrochen. Am politischen Durchsetzungswillen der Regierung wird jedoch Kritik geübt. Schlüsselfrage könnte die Osterweiterung der EU werden: keine Mitgliedschaft mit Schrott-AKW's.

ÖKONSULT, das unabhängige Institut für Umweltforschung und Management Consulting erhebt seit fünf Jahren wiederholt die Einstellung der heimischen Bevölkerung in der Atomfrage. Die nunmehr siebente einschlägige Umfrage bestätigt die außerordentlich gefestigte Anti-Atom-Haltung der ÖsterreicherInnen. Vom 31. August bis zum 3. September wurden in persönlichen Gesprächen im gesamten Bundesgebiet 1.317 Bürger zwischen 16 und 77 Jahren befragt. Dabei erklärten 84 Prozent der Umfrageteilnehmer, sie würden sich von den bestehenden und geplanten Atomkraftwerken in der Slowakei und der Tschechischen Republik "ernsthaft und konkret gefährdet" fühlen. Auf der vorgegebenen sechsstufigen Antwortskala von "trifft voll und ganz zu" bis "trifft überhaupt nicht zu" unterstrichen sogar 62 Prozent ihre ganz besondere Angst vor den Atommeilern. Nur 6 Prozent zeigten sich von den -AKW's bei unseren Nachbarn völlig unbeeindruckt.

Keine innerstaatliche Abgelegenheit

Atomkraftwerke sind keine rein nationale Angelegenheit. Österreich hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, in Bezug auf die Kernkraftwerke unserer Nachbarstaaten entscheidend mitzuwirken. Dieser zur Diskussion gestellten Aussage schließen sich 75 Prozent der befragten ÖsterreicherInnen ohne den geringsten Vorbehalt an. Insgesamt stimmen exakt 93 Prozent zu. Als allzu egoistische Stromverbraucher wollen die Interviewten keineswegs gelten. Die Behauptung, es wäre weniger entscheidend, woher unser elektrischer Strom komme, Hauptsache die Energieversorgung Österreichs sei gesichert, wird von 79 Prozent zurückgewiesen, von 55 Prozent mit entschiedenem Nachdruck. ÖKONSULT-Chef Joschi Schillhab: Nicht nur als Reaktion auf atomare Störfälle oder als Beifall nach spektakulären Aktionen von Greenpeace oder Global 2000 zeigt die

österreichische Bevölkerung ihre klare und unverrückbare Position. Sie wollen mit AKWs nichts zu tun haben. Nicht aktiv, nicht passiv, auch nicht als wirtschaftliche Nutznießer."

Regierungsauftrag für entschlossenes Handeln

Der österreichischen Bundesregierung wird ein eindeutiger politischer Auftrag erteilt. 87 Prozent fordern, Österreich solle auf Tschechien und Slowakei politischen und wirtschaftlichen Druck ausüben, um diese Staaten auf den Verzicht auf Kernkraft zu bewegen. 61 Prozent fordern diese härtere Gangart mit besonderem Nachdruck, 6 Prozent stehen einem solchem Junktin entschieden negativ gegenüber. Als recht unproblematisch stellt der Fragebogentext die vermutlich verlängerte Betriebsdauer des Kernkraftwerkes Bohunice dar. Sehr zum Mißfallen der Befragten. 93 Prozent protestieren gegen die Überlegung, Bohunice länger als in Aussicht gestellt am Netz zu belassen. 81 Prozent tun dies mit größter Entrüstung. Auch die Mochovce-Diskussion ist noch keineswegs eingeschlafen. Die abwiegelnde Aussage, Mochovce könne ohne größere Einwände fertiggebaut und in Betrieb genommen werden, stößt auf massiven Widerspruch. 91 Prozent verweisen die dargebotene Behauptung als Wunschträume der Betreiber zurück, 73 können diesem Gedanken auch nicht das geringste abgewinnen. Wenig Illusion haben die Befragten, welches die treibende Argumente für das Beharren auf dem umstrittenen Atommeiler sind. 70 Prozent sind der Überzeugung, "Sicherheitsfragen und Umweltüberlegungen spielen in der Mochove-Debatte nicht die entscheidende Rolle. Es geht um Wirtschaftsinteressen der internationalen Atomindustrie". 18 Prozent wollen dieses Mißtrauen überhaupt nicht teilen.

Vorauselender Atom-Gehorsam

Augenzwinkernd formuliert der Fragebogentext, es wäre schon OK, daß Siemens nahe der österreichischen Grenze an einem Atomkraftwerk baue, das in Deutschland wohl so nicht errichtet werden dürfe. Gar nicht OK, sind 95 Prozent der Umfrageteilnehmer überzeugt. 84 Prozent finden dieses Verhalten des deutschen Industriegiganten sogar ganz besonders kritikwürdig. Daß der Widerstand der heimischen Politik betreffend Entschlossenheit und Durchschlagskraft durchaus verbesserungsfähig ist, hat für die Umfrageteilnehmer eindeutige Gründe. 75 Prozent meinen, manche österreichische Politiker würden "nicht sehr energisch und mit vollem Einsatz gegen Mochovce auftreten, um Wohlverhalten gegenüber der EU und den wirtschaftlichen Atominteressen Frankreichs und Deutschlands" zu bekunden.

Voraussetzender Atomgehorsam also, davon sind 47 Prozent ohne Einschränkung voll überzeugt. Ein Verhalten der Politik, das nicht auf Gegenliebe stößt. 95 Prozent der ÖsterreicherInnen fordern, unsere Politiker sollen sich "eindeutig, unmißverständlich und besonders nachdrücklich mit Worten und mit Taten" in der Mochovce-Frage deklarieren. 79 Prozent unterstreichen diesen Anspruch sogar mit der größtmöglichen Klarheit, die die sechsstufige Antwortskala bietet. Nur 2 Prozent wollen den Atomfrieden in keiner Weise stören. "Die ÖsterreicherInnen sind der beruhigenden und beschwichtigenden Worte in der AKW-Debatte müde geworden. Sie verlangen entschlossenes Handeln, um die Bedrohung an unseren Grenzen einzudämmen. Sonntagsreden und Absichtserklärungen werden da wohl nicht mehr helfen", kommentiert Kommunikationsexperte Schillhab.

Ende der Atom-Diplomatie

Die Richtung des entschlossenen Handelns scheint aus der Sicht der Befragten auf der Hand zu liegen. "Unsere Bundesregierung muß unmißverständlich klarstellen: Ein Beharren auf Mochovce macht den Beitritt der Slowakei aus österreichischer Sicht unmöglich." Dieser Ansicht sind 81 Prozent der Befragten, 57 teilen diese Auffassung ohne jede kleinste Einschränkung. Und generell: "jede Hilfestellung für die Reformstaaten im Osten soll eindeutig und direkt mit der Atomfrage verknüpft werden", sagen 73 Prozent (51 wiederum ohne Abstriche). Nachgiebigkeit und vornehme diplomatische Zurückhaltung stoßen bei der österreichischen Bevölkerung immer weniger auf Verständnis und Zustimmung. "Unsere Politiker sollen in Fragen der Kernenergie ihre Zurückhaltung aufgeben. Unser Ziel ist ein atomfreies Europa", stellt der Text zur Zustimmung oder Ablehnung anheim. 90 Prozent folgen dem dargebotenen Statement, 69 Prozent wollen dabei in keiner Weise abschwächen. 3 Prozent dagegen halten nichts von einem solchen politischen Appell. "Die ÖKONSULT-Umfrage läßt nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig. Die ÖsterreicherInnen erteilen der Bundesregierung einen klaren politischen Auftrag. Ein atomfreies Europa und Sicherheit vor den maroden AKWs an unseren Grenzen im Abtausch für wirtschaftliche und politische Hilfestellung für unsere Freunde in den aufstrebenden Reformstaaten. Nachbarschaftliche Beziehungen dürfen aber keine Einbahn sein. Leere Versprechungen und weitere Verzögerungen können nicht mehr länger hingenommen werden. Politisches Handeln und verbindliche Verträge sind jetzt eingefordert", interpretiert Institutschef Joschi Schillhab die Umfragedaten.

EU Mandatäre nicht ausreichend auf Anti-Atom-Linie

Diese Botschaft der Bürger richtet sich in besonderem Maß auch an unsere EU-Mandatäre. Daß diese "die österreichische Atompolitik in Brüssel nachdrücklich und glaubwürdig vertreten", bestreiten immerhin 68 Prozent der Befragten. Entmutigt zeigen sich die Umfrageteilnehmer jedoch nicht. 63 Prozent sagen, sie seien "sehr zuversichtlich, daß mit entsprechendem Einsatz und glaubwürdiger Entschlossenheit aller österreichischen Kräfte die Fertigstellung und Inbetriebnahme von Mochovce zu verhindern" sei. Nicht nur ein Handlungsauftrag an die Politik sondern auch eine Ermutigung für Umweltgruppen, der österreichischen Anti-Atom-Politik endlich zum Durchbruch zu verhelfen, meint Schillhab.

Rückfragehinweis: ÖKONSULT

J. Schillhab

*****ORIGINALTEXT-SERVICE UNTER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS*****

OTS0033 1997-09-05/09:00

050900 Sep 97

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19970905_OTS0033